

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Abdruck mit Rücksicht auf die Besondere und Besondere nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Verantwortlich: 3 Mr. für die Geschäftsstelle oder deren Name, Namen, die 2 heilige Körperstelle 1.50 Mr.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 199.

Freitag den 26. August 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

**Freibank Schweinefleisch** in rohem Zustande 12 Mark das Pfund  
Wilsdruff, am 26. August 1921

**Kesselsdorf. Birnenverkauf, Freitag, den 26. August von 12—3 Uhr**  
gute graue Birnen Pfd. 0,95 Mk. Blankbirnen Pfd. 1 Mk.  
Kesselsdorf, am 25. August 1921. Der Gemeindevorstand.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Preussische Landtag soll am 28. September wieder zusammenkommen.
- Die aus französischen Quellen verbreiteten Meldungen von angeblichen deutsch-polnischen Verhandlungen über eine "Teilung" des Industriegebietes werden von amtlicher deutscher Seite energisch in Abrede gestellt.
- Durch den Eisenbahnstreik in Polen ist neuerdings auch die Ausbreitung des Verkehrs mit Ostpreußen in Frage gestellt. Die deutsche Regierung soll Schritte in Warschau unternommen haben.
- Im kaiserlichen Amt zu Wien wurde der Friedensvertrag zwischen Deutsch-Osterreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.
- In London soll eine englisch-amerikanische Hilfs-Gesellschaft für Rußland gegründet worden sein, die gegen große Konjunktionsen den Rußland ein Milliardenkredit beschaffen will.
- Der spanische Marineminister erklärte, Spanien werde wahrscheinlich mit den Kistfabriken verhandeln und ihrem Führer Abd el Kerim ein Sultanat anbieten.
- Bei dem kürzlichen Erdbeben in China sind nach amtlichen Berichten 200 000 Menschen umgekommen.

### Das heiße Eisen.

Wie der Oberste Rat scheint nun auch der Völkerbund den Weg zur Lösung der ober-schlesischen Frage nicht finden zu können. Der spanische Vertreter Quiñones de Leon, dem Graf Ipsi als Vorsitzender des Völkerbundesrates das Amt des Berichterstatters über Oberschlesien für die bevorstehende Tagung angetragen hatte, hat, wie gemeldet wurde, ablehnen müssen, nachdem er in Madrid mit der neuen Regierung des Herrn Maura und wohl auch mit König Alphonso zu Rate gegangen ist. Das Eisen ist eben sehr heiß, und niemand, der es nicht nötig hat, spürt Lust dazu, sich an ihm die Finger zu verbrennen. Von Madrid aus wird natürlich eine andere Begründung für die Absage gegeben. Man möchte sich, heißt es dort, für die Schiedsrichterrolle aufsparen, um die man in dieser Frage am Ende aller Enden wohl doch nicht herumkommen werde. Spanien hat, wie man weiß, schon einmal in einer Frage der internationalen Politik eine solche Schiedsrichterrolle gespielt. Damals handelte es sich um die Karolinen-Inseln, und Deutschland war es, das die unparteiliche Entscheidung des spanischen Königs anrief. Die Begründung klang also einigermaßen glaubhaft. Sie hat aber zur Voraussetzung, daß der Oberste Rat, dem durch den Friedensvertrag die endgültige Entscheidung über Oberschlesien anvertraut ist, von dieser Verpflichtung oder, je nachdem, Berechtigung, zurücktritt und sich nun seinerseits einer unbeteiligten Macht unterwirft, wie Deutschland gezwungen wurde, sich seinem Nachspruch über Oberschlesien zu unterwerfen. Eine sehr unwahrscheinliche Lösung des Konfliktes, denn in Wahrheit wird in der ober-schlesischen Frage schon lange nicht mehr um Recht und Gerechtigkeit gekämpft, sondern um die Macht, um wirtschaftlichen und politischen Machtzuwachs, und es müßte schon sonderbar in der Welt zugehen, wenn Frankreich sich dazu entschließen sollte, diesen Machtkampf durch irgend einen wahrhaft unparteilichen Schiedsrichter entscheiden zu lassen. Dazu ist Herr Briand gewiß nicht bereit. Und auch wenn er es wäre, die öffentliche Meinung seines Landes würde ihn davonjagen, wenn er sich soweit vergassen könnte.

Was also wird nun geschehen? Man spricht von diesem oder jenem belgischen Minister. Von Herrn Jaspers oder Herrn Hysman, denen murrend das Berichterstatteramt angetragen werden soll. Wenn Graf Ipsi das tun wollte, so könnte er sich ebenso gut an Herrn Leon Bourgeois oder irgend einen anderen waschechten Franzosen wenden. Denn die Belgier sind aus blinder Franzosenbegeisterung ebenso unbedingte Polenfreunde wie die Franzosen und eignen sich also zum Amt eines objektiven Berichterstatters ebenso gut wie der Bär zum Längen. Was bliebe also übrig? Der Brasilianer oder der Chinese?

Die Herren werden, wenn sie einigen guten Geschmack besitzen, bitten, von ihrer Person Abstand zu nehmen, falls daran überhaupt gedacht werden sollte, da sie den europäischen und insbesondere den deutsch-polnischen Verhältnissen nicht nahe genug stehen, um den Dingen so tief auf den Grund gehen zu können, wie es ein Berichterstatter zu tun verpflichtet ist. Wir haben es zwar schon einmal erlebt, daß ein japanischer Fachoffizier den Schiedsrichter abgeben mußte bei deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Eisenbahnmateriells, das Polen von Deutschland zu fordern angeblich berechtigt war. Das aber war ein verhältnismäßig unangeordnetes Problem. Am ober-schlesischen Streitfall aber treffen, wie in

einem Brennpunkt, aus die Ausstrahlungen zusammen, die der Ausgang des Weltkrieges in der großen europäischen Politik hervorgebracht hat. Graf Ipsi wird kaum die Neigung haben, den Vorschlag im Völkerbundsrat niederzulegen, um an dessen Stelle den Berichterstatterposten zu übernehmen — kann aber weiß man wirklich nicht, wie der Völkerbundsrat aus der Verlegenheit herauskommen soll. Französische Blätter, denen die Weigerung des Spaniers sehr unerwünscht kommt, reden dem Spanier gut zu, er möchte sein Glück in Madrid noch einmal versuchen. Aus Paris wird schon gemeldet, daß Graf Ipsi beklagte gegeben habe, Quiñones de Leon hätte das ihm gemachte Anerbieten noch nicht endgültig abgelehnt, man könne hoffen, er werde die ihm zugedachte Rolle doch noch übernehmen.

Andere Schlänger werden nicht müde, zu versichern, daß man versuchen wolle, direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in Gang zu bringen, und fügen beruhigend hinzu, daß der Oberste Rat gegen diesen unmittelbaren Weg zur Verständigung über Oberschlesien gar nichts einzuwenden hätte. Das alles sind indessen nur Verlegenheitsmander, nichts weiter. Madrid will nun einmal Zurückhaltung üben, ein Entschluß, auf den auch das schwere Unglück der spanischen Befreiungsstruppen in Marokko nicht ohne Einfluß gewesen sein dürfte. Wenn je, so muß den Spaniern jetzt an guten nachbarlichen Beziehungen zu Frankreich gelegen sein, und Oberschlesien ist ihnen nicht wichtig genug, um sie seinerwillen aufs Spiel zu setzen. Und eine direkte Verhandlung zwischen Deutschland und Polen? Die wird es nicht geben, solange der neue Polenstaat am Leitfaden Frankreichs seinen Weg zu machen sucht. Frankreich haßt und fürchtet uns und kann deshalb nicht darauf verzichten, den polnischen Gefolgsmann zu unserer Rechten in seiner Gewalt zu behalten. Daß Deutschland seinerseits zu einer Verständigung mit Polen bereit ist, braucht es wirklich nicht erst zu beweisen — vorausgesetzt natürlich, daß einer solchen Verständigung nichts von dem, was deutsch ist, geopfert zu werden braucht.

Man kann also auf die weiteren Entschleifungen des Völkerbundsrates einigermaßen gespannt sein. Die Weisheit, die darin gelegen haben soll, daß der Oberste Rat ihm die sozusagen letzte Entscheidung in Oberschlesien überließ, mag jetzt wohl schon vielen Freunden des Völkerbundesgedankens in etwas eigentümlichem Licht erscheinen.

### Bergebliche polnische Hehe.

Die polnischen Oberschlesier verlangen Ruhe. In jüngster Zeit hat sich auch bei der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens immer mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß das Land vor allem Ruhe braucht. Infolgedessen stoßen die aus Polen kommenden Agitatoren auf immer stärkeren Widerstand auch bei der polnischen Bevölkerung des Abstammungsgebietes, die sonst leichter für neue Aufstandspläne zu haben war. Was zu welcher Schärfe sich der neue Gegensatz zwischen Polen und polnischen Oberschlesier bereits ausgebildet hat, zeigt ein Zwischenfall bei einer Verhandlung des obersten polnischen Volksrates in Schoppinitz. Seitens der ober-schlesischen Polen erklärte dabei der bekannte und angelegene Führer Wiestrach, daß genügend Geld über Oberschlesien gekommen und es ein Verbrechen sei, einen neuen Aufstand in Szene zu setzen, wovon die ober-schlesischen Polen nichts wissen wollten. Hierauf entstand eine überaus scharfe Debatte, welche sich bald zu Tätlichkeiten ausartete. Wiestrach und seine Anhänger wurden als Verräter bezeichnet. Auf einen Befehl eines polnischen Offiziers kam eine Abteilung halber Soldaten und erklärte Wiestrach für verhaftet. Wiestrach widerlegte sich der Verhaftung und wurde, ehe seine ober-schlesischen Kameraden ihm zu Hilfe eilen konnten, von dem polnischen Offizier niedergeschossen. 7 Offiziere, welche den Ausführungen Wiestrachs Beifall gesandt hatten, wurden sofort verhaftet, um vor ein Kriegsgericht wegen Mauterei gestellt zu werden. Auf Befehl der Interalliierten Kommission darf die ober-schlesische Presse hierüber nichts melden. Die Erregung in der ober-schlesischen polnischen Bevölkerung über die Ermordung des alleseitig beliebten ober-schlesischen Polenführers Wiestrach ist groß.

Eine Kundgebung der deutschen Frauen wird aus Lublitz berichtet. Dort war von polnischer Seite das Gerücht ausgebreitet worden, daß es in Lublitz nur noch polnisch gesinnte Frauen gäbe. Auf dieses Gerücht hin gingen über 1000 deutsche Frauen vor das Landratsamt und baten den englischen Obersten Biel, einen Einspruch gegen eine etwaige Abtretung von Lublitz an Polen für den Völkerbund entgegenzunehmen. Durch Vermittlung des englischen Obersten wurden an

Major George und den Völkerbund folgendes Telegramm abgefaßt: „Sämtliche Frauen von Stadt und Land Lublitz bitten, dafür einzutreten zu wollen, daß der Kreis Lublitz bei Deutschland verbleibt.“ Ein ähnliches Telegramm ging an den englischen Vertreter in Opatow.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

**Dr. Hermes über die Getreidemlage.**  
Reichsernährungsminister Dr. Hermes empfing während seiner Informationsreise durch Ostpreußen Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher. Er brachte allen drei Interessentengruppen gegenüber zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Getreidewirtschaft durch das Umlageverfahren einen Übergang zu unauflösblichen freien Wirtschaft auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft darstelle. Bei der Besprechung wies er den landwirtschaftlichen Vertreter darauf hin, daß das Umlageverfahren unter allen Umständen sichergestellt werden müsse. Härten sollen überall vermieden werden, wo zweifelsfrei nachgewiesen werden kann, daß trotz aller Bemühungen die Lieferungspflicht nicht voll erfüllt werden kann.

**Der Ausnahmezustand in Bayern.**  
Das Münchener Stadtparlament beschloß mit den Stimmen der sozialistischen Parteien, die bayerische Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung Schritte zur Aufhebung des Ausnahmezustandes zu unternehmen. Die Mitglieder der bürgerlichen Parteien hatten vor der Abstimmung den Sitzungsstempel verlassen.

**Frontkämpfer und Kriegervereine.**  
Die Leitung des in Berlin abgehaltenen Frontkämpfertages, der vom Nationalverband deutscher Offiziere und dem Verbande nationalgesinnter Soldaten veranstaltet wurde, hatte auch die im Ausschussverbunde vereinigten Kriegervereine zu der Feier eingeladen. Der Landeskriegerverband Berlin sagte die Beteiligung ab unter Hinweis darauf, daß die Zentrale der Kriegerverbände, der Frontkämpferbund, die Teilnahme am Frontkämpfertag nicht zulasse. Auf Anfrage erklärte der Präsident des Ausschussverbundes, General v. Heeringen, daß ein formelles Verbot nicht erlassen sei. Er habe aber die entsprechenden Bedenken geäußert, da es sich bei dem Fest um eine Veranstaltung zweier Verbände handele, die politisch neutral bleiben und könnten deshalb nicht teilnehmen.

**Weitere Rückkehr von Gefangenen.**  
Wie dem deutschen Delegierten für Rückwanderung in Frankfurt durch ein Telegramm aus Paris mitgeteilt wird, sollen in nächster Zeit weitere 30 zurückgehaltene Kriegsgefangene aus Avignon in die Heimat entlassen werden. — Aus langjähriger Gefangenschaft in Sibirien sind wiederum 15 Heimkehrer im Lager Lechfeld eingetroffen.

**Die neuen Gehaltsforderungen.**  
Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamten- und Arbeiterorganisationen haben noch nicht zu einer Einigung geführt. Vielmehr erklärte der Reichskanzler, daß die Forderungen der Beamten und Gewerkschaften nicht in allen Punkten mit dem Standpunkt der Regierung vereinbar seien. Da man jedoch einen Abbruch der Verhandlungen vermeiden wollte, so hat der Kanzler jetzt auch mehrere Parteiführer zu diesen Verhandlungen zugezogen.

**Kasschau und Loucheur.**  
Die neue Zusammenkunft der beiden Wiederaufbauminister Deutschlands und Frankreichs wird voraussichtlich nur kurz sein und dürfte wahrscheinlich noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis führen. Nach den Angaben der französischen Presse werden unter der der deutschen Rohstoff- und Halbfabrikaten-Lieferungen für die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete zu besprechen sein. Von anderer Seite hört man, daß auch die Frage der Zusammenarbeit der französischen und deutschen Privatindustrie erörtert werden soll.

**Ähn. Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Gebietes hat zu der Note des Obersten Rates über die Aufhebung der Sanktionen aufs schärfste dagegen Verwahrung eingelegt, daß der Oberste Rat nicht völlige Aufhebung der mit dem Friedensvertrag und der Annahme des Londoner Ultimatums unverträglichen Sanktionen beschließen darf.**  
**Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.**  
Aus dem amerikanischen Staatsdepartement wird von Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag